

Verantwortl. Redakteur: J. B. R. D. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: A. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk.
vierteljährlich.

Anzeigen: die Zeitungs- oder deren Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Kleinanzeigen 30 Pf.

Abend-Ausgabe.

Deutschland.

Berlin, 17. Oktober. Geheimnißvoll wie die Ankunft in Berlin hat sich auch die Rückreise des Zaren nach Rußland gestaltet. Auf privatem Wege hat man erfahren, daß der Zar gestern Nacht in Stettin eingetroffen und von dort nach kurzen Aufenthalt nach Danzig weiter gereist ist. Von Danzig aus wird dann die Fahrt nach Rußland gleichfalls ohne längere Unterbrechungen fortgesetzt sein. Wie im Jahre 1887 sind auch diesmal wieder die größeren Brücken, die der kaiserliche Hofzug zu überfahren hatte, durch Militärposten besetzt worden. Es geschieht das, eben sowie die außerordentlich strengen polizeilichen Vorkehrungen, auf einen ausdrücklichen Wunsch des Zaren. Dies hervorzuheben ist nicht ganz unnötig, da ein Theil der französischen Blätter sich in Andeutungen ergeht, als ob die weitgehenden polizeilichen Vorkehrungen von deutscher Seite angeordnet seien, um den kühlen Charakter des Empfanges noch schärfer hervortreten zu lassen. Inwiefern der Kaiserbegegnung eine politische Bedeutung beigemessen sei und welche, darüber werden die Erörterungen noch immer fortgesetzt. Französische Zeitungen stellen dabei Dinge als beabsichtigt hin, auf die sonst kaum Gebacht gelegt wird. Selbst ein ernsthaftes Blatt, wie der „Temps“, nennt es bedenklich, daß der Zar immer nur von einem deutschen Kaiser, nicht von dem Kaiser von Deutschland gepöbeld habe, obgleich er selbst zugeben muß, daß die erlittene Bezeichnung die richtige sei. Derartige „politische“ Erörterungen kann man füglich auf sich beruhen lassen. Wenn man eifrig sein will, muß man zugeben, daß nirgend so geringe Erwartungen, als in diesen Tagen geknüpft worden sind, als in Deutschland selbst. Das offizielle Blatt der Regierung, der „Reichsanzeiger“, war es, der in seiner Begründung des Zaren ausdrücklich hervorhob, derselbe komme, um den Besuch zu erwirken, den ihm Kaiser Wilhelm im vorigen Jahre abgelehnt. Um so erfreulicher ist es, wenn die Zeichen dafür sich mehren, daß dieser Besuch doch mehr als ein bloßer Höflichkeitssatz gewesen, und daß es nicht bloße Gerüchte waren, wenn erzählt wurde, daß während des Aufenthaltes in Berlin sich die Stimmung des Zaren sichtlich gehoben hat. Wir haben Zeugnis dafür in den Gnadenbeweisen, mit denen er eine ganze Reihe von Personen, auch den leitenden deutschen Staatsmännern, bedacht hat, und ein besseres noch in den direkten, unaufgeforderten Auslassungen des Zaren hier und in Ludwigslust. Auch in dem von ihm an das Alexander-Regiment gerichteten Telegramme spricht sich die Verehrung aus über den Besuch in Berlin. Ueber die anderthalbmonatige Unterredung des Herrn Reichskanzlers mit dem Zaren vermag auch die offizielle Presse keine Andeutungen zu machen. Im Jahre 1887 erschienen gleich nach der Abreise des Zaren die ersten Andeutungen über die Schwierigkeiten, die sich in der damaligen Audienz ergaben. Es scheint, daß diesmal die Unterredung glatter und zu allseitiger Befriedigung verlaufen ist, wenn anders aus der Aufmerksamkeit, die der Zar unmittelbar darauf bei dem Festmahl im Schloß dem Fürsten erwies, ein Schluß gezogen werden darf.

(Magd. Ztg.)

— Ihre Majestäten der Kaiser und die Kaiserin traten am 4. Uhr Nachmittags von Hochjähren hiesigen Besuche mittels Sonderzuge nach dem neuen Palais zurück. Die Abfahrt der erlauchten Herrschaften nach Athen erfolgte heute Abend 11 Uhr von der Station Wildpark aus.

— Betreffs des Nationaldenkmals schreibt man: „Die „Post.“ Ztg.“ brachte am Montag nach andern Blättern Versicherungen über die einmalige Verewerung um das Kaiser Wilhelm-Denkmal, die mit Recht als Aufsehen erregend bezeichnet wurden. Es wird dort der Standpunkt eingenommen, daß es darauf ankomme, dem „Kaiser als solchen“ ein Denkmal zu schaffen, für welches die Leistung nur durch einen Bildhauer zu gewinnen sei. Die Aufgabe wäre dann ein nur plastisches Bildwerk mit dem Schloßportal als dem gegebenen Hintergrund. Dem widerspricht indessen der ganze Verlauf der Sache. Im Oktober vorigen Jahres traten auf Vorschlag der Bundesversammlung 20 angesehene Künstler, Gelehrte u. s. w. mit besonderer Genehmigung des Kaisers als Vertrauensmänner zur Vorberatung über das Nationaldenkmal in Berlin zusammen, darunter u. A. die späteren Reichspräsidenten Dr. von Voss, Dr. v. Meißner und Dr. Jordan, ferner auch Professor Vegas. Bei der Auswahl war auf solche Männer Werth gelegt worden, die, wie der „Reichsanzeiger“ schrieb, „in dieser Frage mit der Bewegung der öffentlichen Meinung in nähere Fühlung getreten“ waren, so daß die Regierung sich durch ihren Rath am besten darüber „vergewissern“ konnte, wie der Ausführung des Reichsdenkmals in der den nationalen Empfindungen und den Wünschen des deutschen Volkes am meisten entsprechenden Weise“ näher getreten werde. Im November wurde dann der von dem Kaiser alsbald genehmigte Gesetzentwurf betreffend die Errichtung eines Nationaldenkmals für Kaiser Wilhelm I. eingebracht, welchem eine Denkschrift beigegeben worden, die ebenfalls die Zustimmung des Kaisers gefunden. In ihr war, wie man annehmen muß, das wesentlichste der gegenseitigen Beratungen zum Ausdruck gebracht worden. Diese Schrift aber nennt das zu errichtende Werk zunächst eine Denkmalsanlage für Kaiser Wilhelm, welche die „Gesamtheit seines der Nation zu Gute gekommenen Wirkens“ zum Hintergrund haben sollte. Hier ist an ein „Reiterbild“ oder sonst ein „plastisches Werk“, das allenfalls ein Bildhauer allein machen kann, offenbar gar nicht gedacht worden, vielmehr an eine größere Anlage mit besonderem monumentalen Hintergrund zur Verherrlichung der Thaten des Kaisers. Auch darin, daß Umgestaltungen nicht geschehen werden dürfen, wenn eine große und wirkungsvolle Gestaltung des nationalen Monuments davon abhängen sollte, war die Veranlassung der von dem Kaiser beauftragten Vertrauensmänner „einmüthig“. Auch diese Stelle der Denkschrift ist es, aus der es sich ergibt, daß es nicht in dem folgenden Satz ausdrücklich hervorgehoben, daß bei der Verewerung die zu baulichen Anlagen übergehenden künstlerischen Gestaltungen mannigfachen Lösungen Raum geben würden. Demgemäß sollte es sich

zunächst um ein Preisanschreiben handeln, welches die Künstler zu Vorschlägen für eine „Denkmalsanlage“ auffordert, wie dies im Programm vom 30. Januar ausgesprochen ist, in welchem vor Allem auch architektonische Entwürfe verlangt werden. Mit diesem Hergange sind jene Auszeichnungen schwer zu vereinbaren.

— Se. Majestät der Kaiser und Königin haben Allerhöchstdurchgelesen die nachbenannten Offiziere u. der Marine folgende Auszeichnungen zu verleihen, und zwar:

1) von Allerhöchstherrn Kreuzer-Fregatte „Leipzig“: den königlichen Kronen-Orden vierter Klasse mit Schwertern: dem Lieutenant zur See Gähler; das Militär-Ehrenzeichen zweiter Klasse: dem Ober-Bootsmannsmaat Wenzlaff, dem Bootsmannsmaat Samm, dem Ober-Vasarethgehilfen Scharf, dem Feuerwerksmaaten Wülsche, dem Ober-Steuermannsmaat Taddag, dem Ober-Steuermannsmaat Pauli, dem Ober-Matrosen Kapit. dem Matrosen Wulf und dem Matrosen Weichmüller; 2) von Allerhöchstherrn Kreuzer-Fregatte „Carola“: den königlichen Kronen-Orden vierter Klasse mit Schwertern: dem Kapitän-Lieutenant Bröler; den königlichen Kronen-Orden vierter Klasse mit Schwertern am weißen Bande mit schwarzer Einfassung: dem Marine-Stabsarzt Dr. Weiß; den königlichen Kronen-Orden vierter Klasse mit Schwertern: dem Lieutenant zur See Brinmann und dem Lieutenant zur See Koch I.; das Militär-Ehrenzeichen zweiter Klasse: dem Ober-Bootsmannsmaat Liebold, dem Bootsmannsmaat Werner, dem Feuerwerksmaaten Melzer, dem Ober-Matrosen Heimg und dem Ober-Matrosen Zumbowski; 3) von Allerhöchstherrn Kreuzer „Schwalbe“: den königlichen Kronen-Orden vierter Klasse mit Schwertern: dem Kapitän-Lieutenant von der Gröben; den königlichen Kronen-Orden vierter Klasse mit Schwertern am weißen Bande mit schwarzer Einfassung: dem Marine-Mittstabsarzt Dr. I. Klasse Dr. Arendt; das Militär-Ehrenzeichen zweiter Klasse: dem Bootsmannsmaat Voigt, dem Feuerwerksmaaten Böttger, dem Steuermannsmaat Brack, dem Ober-Steuermannsmaat Pahlmann, dem Matrosen Klebba und dem Matrosen Daniels.

— Der Bundesrath hat in seiner heutigen Sitzung den Auspruchberechtigten betreffend die Gesetzentwürfe der Verwaltungen des Reichsheeres und der Marine zum Reichshaushaltungsplan für 1890-91 zugestimmt.

— Ueber die Finanzlage im Reich geben die governementalen „Hamb. Nachr.“ wenig erfreuliche Anhaltspunkte. Die Lage ist bei dieser Gelegenheit von den Verehrern der Staatlichkeit um die finanzielle Fundamentierung des Reiches die Rede gewesen. Jetzt stellt sich heraus, daß die neuen Steuererhöhungen aus Brantwein und Zucker bereits im nächsten Jahre vollständig verbraucht sein werden. Die „Hamb. Nachr.“ rechnen aus, daß der Einnahmevermehrung aus diesen Steuern von 102 Millionen Mark schon jetzt eine durch das natürliche Anwachsen der Einnahmen des Reiches nicht gedeckte Mehrertrag von 84 Millionen gegenüber steht, so daß also den Einzelstaaten nur etwa 13 Millionen Mark zu gute kommen. Im nächsten Jahre werden sie auch diesen Ueberschuß nicht mehr erhalten. Mehraufwendungen für Penionen und Militärvorrichtungen wie von bewilligten Krediten, sowie eine erhebliche Vermehrung der Ausgaben für Heer und Flotte werden dieses Ergebnis haben. Sollten diese Mehraufgaben die Summe von 13 Millionen überschreiten, so stehen wir wieder vor der Frage, ob das alsdann entstehende Defizit durch neue Reichssteuern oder durch die Einzelstaaten gedeckt werden soll. Wie erinnerlich, hat sich Finanzminister von Schöler erst in der letzten Session dahin ausgesprochen, daß an den Ueberweisungen, welche den Einzelstaaten aus der Reichskasse bisher zugegangen sind, nicht gerührt werden dürfe, daß also das Reich, wenn es seine Ausgaben erhöht, zu gewöhnen sein werde, seine Einnahmen zu erhöhen.

— Ueber den Entwurf des bürgerlichen Gesetzbuches hat sich der berühmte Rechtsgelahrte, Prof. Dr. v. Windscheid bei einem Festmahl zu Ehren des Oberlandes-Gerichtspräsidenten Dr. Albrecht in Frankfurt a. M. vor derigen Juristen folgendermaßen ausgesprochen:

„Sollten unsere Hoffnungen wieder geknüpft werden, sollte ein deutsches bürgerliches Gesetzbuch nicht auf der Grundlage des jetzt vorliegenden Entwurfs zu Stande kommen? Ein Entwurf, der unter dem Vorbehalt eines Mannes wie Pape zu Stande gekommen ist, der an Wissen, praktischem Sinn, Demut und Arbeitskraft kaum seines Gleichen hat! Man andere und verbessere den Entwurf — ich gebe: „Kauf bricht Niecht“ und ich weiß nicht wie vieles Andere preis; man sage mir nicht, daß das, was man nicht mag, das Resultat engherziger romanistischer Denkmens sei — die romanistischen Mittel reichen vollkommen aus, um auch dem Satz: „Kauf bricht Niecht“ gerecht zu werden. Und man bringe nicht zum Bewußtsein, daß, wenn das Gesetzbuch auf Grund des vorliegenden Entwurfs nicht zu Stande kommt, es überhaupt nicht zu Stande kommt. Jeder andere Entwurf würde in der gleichen Weise angegriffen werden. Eine vollständige Einigung der Meinungen ist nicht zu erzielen. Jeder muß resignieren, damit endlich ein deutsches bürgerliches Gesetzbuch zu Stande komme. Ein einziges bürgerliches Recht für das einzige deutsche Volk! Und wie für die Rechtsanwendung die bunte Mannigfaltigkeit der deutschen besonderen Rechte drückend ist, davon wissen gerade Sie in Ihrem Bezirke zu erzählen. Bedenken Sie auch das — haben wir ein deutsches bürgerliches Gesetzbuch, so haben wir auch eine einzige deutsche Wissenschaft des bürgerlichen Rechts, nicht mehr eine preussische, bairische, sächsische u. s. w., sondern eine deutsche. Alle wissenschaftlichen Kräfte werden auf das Eine Werk konzentriert sein, und ohne eine ihm zur Seite stehende nach und nach entstehende Wissenschaft vermag kein Gesetzbuch etwas.“

— Nach einem Telegramm aus Bremen erhielt Konrad Meier von der nationalliberalen Fraktion eine künftige, höchst anerkennende Adresse; unterzeichnet haben dieselbe die Abgeordneten von Benda, von Bennigsen, Dobbert, von Cuno, von Margardien, Miquel, Hamacher und Dedeberg.

— Ueber die Erhebung der Kirchensteuer in Berlin macht die „Kreuzzeitung“ ausführliche Mittheilungen, welche sehr zuverlässig klingen:

„Ein williger Steuerzahler nach dem an-

deren erscheint und zahlt bei flatter Abfertigung durch zwei junge Beamte seinen manchmal nicht ganz unerheblichen Betrag. Inzwischen durch-eilen die gegen Kautions angestellten Kassanten des Büreaus die Stadt, steigen treppauf, treppab, klingen und klopfen an die Thüren der Kirchen und der weniger Wohlhabenden, der Kirchlich-gekauften und der Gleichgültigeren und präferieren bescheiden die kleinen blauen Steuerquittungen mit der Unterschrift des D. Brückner und dem Stempel des geschäftsführenden Ausschusses der vereinigten Kirchengemeinden Berlins. Im Allgemeinen finden auch die Steuerbeten willige Zahler, zumal sie ja die ganz Armen und auch die Steuerzahler bis zur sechsten Klassensteuerrstufe hinauf unbelligt lassen. Aber so ganz glatt geht die Erhebung der Steuern doch nicht überall vor sich. Wie viele Steuerzahler sind nicht zu Hause, wie viele sind verzogen! Nur sehr wenige reklamieren indessen und finden ihre Einschätzung zu hoch. Die Organisation der Eintreibung ist so eingerichtet, daß vom Stadtbezirk 1 angefangen jeder der 360 Bezirke erst möglichst erledigt wird, ehe der folgende in Angriff genommen wird. Die Zahl der Boten beträgt jetzt etwa 12 und schwankt je nach den vorhandenen geeigneten Kräften. Jeder Boten erhält für jede erledigte Quittung 8 Pf. Provision. Das Ganze wird nach erprobten kaufmännischen Grundsätzen geleitet, und die Geschäftsführung hat sich bis jetzt durchaus bewährt. Man heft in diesem Vierteljahr noch fertig zu werden; doch ist die Möglichkeit einer längeren Dauer der Eintreibung nicht ausgeschlossen. Nicht mit Unrecht ist diese selbstständige Erhebung der Kirchensteuer als ein weiterer Schritt zur größeren Selbstständigmachung der Kirche bezeichnet worden, und die im Großen und Ganzen durch die Willigkeit der Gemeindeglieder ermöglichte glatte Abwicklung des Geschäftes erinnert angelehnt der Ablehnung der Einfassung durch die städtischen Steuerbeten an das Wort: „Ihr gedachtet es böse mit mir zu machen; Gott aber gedachte es gut zu machen.“

— Aus Berlin vom 15. Oktober wird der „Köln. Ztg.“ geschrieben: Die Nachricht der „Times“ aus Konstantinopel, der König von Griechenland werde den Kaiser Wilhelm auf der Reise nach Konstantinopel begleiten, wird stark bezweifelt. Der Sultan hatte den Empfang des Königs Georg schon mehrfach gewünscht. Der Besuch wurde indessen zur Vermeidung unrichtiger Auslegungen, welche derselbe besonders bei den zahlreichen Griechen unter türkischer Herrschaft finden konnte, bisher stets wieder hinausgeschoben. Und so wird er auch jetzt schwerlich stattfinden.

— S. M. Kreuzer „Möve“, Kommandant Korvetten-Kapitän Riebel, ist am 16. d. M. in Kiel eingetroffen.

— S. M. Kreuzerfregate „Leipzig“, Kommandant Kapitän zur See Wülfen, mit dem Geschwaderchef Kommodore Deibard an Bord, ist am 16. Oktober in Sanjhar eingetroffen und beabsichtigt am 17. d. M. die Reise fortzusetzen.

— Posen, 17. Oktober. Preussische Grenzgendarmen beschlagnahmten bei Schatzmeyer einen großen, nach Rußland bestimmten, mezt in Zürich gedruckten Transport sozialistischer Schriften; zwei Schmuggler wurden verhaftet.

— Saarbrücken, 17. Oktober. (B. Z.) Vergemann Nikolaus Wark, erster Vorsitzender des bergmännischen Reichsvereins, dessen Sache bei einem früheren Termin der Verlegung aufheingefallen war, hatte sich heute vor dem Schöffengericht wegen Verleumdung von Beamten der Bergwerksdirektion zu verantworten. Der Angeklagte hatte einem Bergmann, welcher eine Broschüre „Der Gang von La Zünke“ kaufen wollte, zum Kauf gezwungen mit dem Bemerkten, daß der Inhalt der Broschüre auf die Zustände in Saarbrücken passe. Da nun dieser Inhalt eine vernichtende Satire auf die sichereren thüringischen Bergkanten darstellte, wurde seitens der Anklage in der fraglichen Angelegenheit der Thatsache der Verleumdung er-blickt. In der heutigen Verhandlung gelangte der betreffende Theil der Broschüre zur Verlesung. Der Gerichtshof konnte die Uebersetzung nicht gewinnen, daß eine Verleumdung vorliege; deshalb erfolgte die Freisprechung des Angeklagten. Der Staatsanwalt hatte eine Geldstrafe von 100 Mark, event. 20 Tage Gefängnis beantragt.

— Neustrelitz, 17. Oktober. (B. Z.) Der Großherzog hat den königlich preussischen und großherzoglich mecklenburgischen Kommerzienrath Edmund Helfst zu Berlin anlässlich seines 70. Geburtstages zum Geheimen Kommerzienrath ernannt.

— Lübeck, 17. Oktober. Zur Feier der morgenden Entlassung des Geisel-Denkmal prangt unsere alte Hansestadt im Festkostüm. Zur Vorfeier fand im hiesigen Kasino, 6 1/2 Uhr beginnend, eine Festversammlung der vornehmen Lübecker Gesellschaft (Herren und Damen) statt. Von auswärtigen waren zahlreiche Gäste eingetroffen, namentlich Männer der Feder, Unterwieser Dr. Benda hielt eine schmerzvolle begründete Ansprache, der sich ein künftighin Gorgegang des Jnates des ersten Alters aus Geisels-Opferdichtung „Lorelei“ anschloß. Den Schluß der glänzenden Vorfeier bildete ein Komers im Kolliseum.

— Lübeck, 17. Oktober. Hier wüthet gegenwärtig eine kolossale Feuersbrunst. Die Stadt ist ein großer Sägehaufen in Flammen. Die Gas-anstalt und verschiedene Holzlager waren vom Feuer bedroht; doch ist im Augenblick die Gefahr bereits beseitigt.

— Hamburg, 16. Oktober. Die hamburgische Gewerbe- und Industrie-Ausstellung hat gutem Vernehmen nach den hiesigen Ueberschuß von rund 850,000 Mark aufzuweisen, so daß also nicht bloß der Garantiefonds nicht in Anspruch genommen zu werden braucht, sondern die meisten Aussteller ihre Plazmiete zurückbekommen. In erster Linie werden dabei solche Aussteller berücksichtigt, welche ihre Anmeldungen rechtzeitig beschaft hatten. Es stehen etwa 350,000 Mark für die Rückerstattung der Plazmiete zur Verfügung. Fernere 100,000 Mark sind als „Gegente“ an drei Herren verwendet worden, welche sich um die Verwaltung und Leitung der Ausstellung besonders verdient gemacht haben. Es wurden bedacht Gewerbedirektor Dr. Jofius-Brinmann mit 50,000 Mark, Rechtsamwalt Dr. Derg mit 30,000 Mark und Baupinspektor Heder mit

20,000 Mark. Der Rest des Ueberschusses kommt gewerblichen Zwecken zu Gute. Die „Nachr.“ der Ausstellung hat bereits so großen Anhang gefunden, daß ein Unternehmen den Fessel-Ballon sowie die Aufschubbahn erworben hat, um beide auf der nächstjährigen Ausstellung in Bremen zu verwerthen. — Der erste Dampfer der neu gegründeten australischen Dampfschiffahrts-Gesellschaft „Erlanger“ verließ heute den Hamburger Hafen, um sich nach Australien zu begeben.

— Darmstadt, 17. Oktober. (B. Z.) Abgeordnete verschiedener Parteirichtungen brachten den Antrag ein, die Kammer wolle die gesetzgebende Regierung ersuchen, ihren ganzen Einfluß bei den maßgebenden Faktoren dahin geltend zu machen, daß das Banknoten-Emissionsrecht der hiesigen Bank für Süddeutschland in dem seitherigen Umfang auch künftig erhalten bleibe; eine eingehende Begründung hebt hervor, daß die Entziehung des Notenprivilegs die Liquidation zur Folge haben würde.

— München, 17. Oktober. Der Herzog von Koburg ist heute Nachmittag mit Sonberzug von Tölz hier eingetroffen und setzte mit dem Schnellzuge die Reise nach Koburg fort.

Oesterreich-Ungarn.

— Wien, 17. Oktober. Das „Freundenblatt“ bezeichnet das Gerücht von dem Abschluß einer bulgarischen Anleihe mit der Kaiserin als grundlos.

— Eine Meldung der „Pol. Corr.“ aus Konstantinopel tritt den Versuchen entgegen, die Bedeutung des bevorstehenden Besuchs Sr. Majestät des Kaisers Wilhelm in Konstantinopel herabzumindern.

— Wien, 17. Oktober. Das „Neue Wiener Tageblatt“ meldet den erfolgten Abschluß einer Allianz zwischen Serbien und Montenegro. Die Regierungen beider Länder betrachten darnach einen eventuellen Angriff gegen den Bestand oder die Selbstständigkeit eines der selben als gemeinsame Sache. Die bisher ihnen noch nicht gehörigen serbischen Balkanländer werden als ein natürliches Erbe angesehen, dessen Erwerbung im geeigneten Momente der dynastischen Frage wegen in der gegenwärtigen kritischen Zeit nicht erörtert werden dürfte.

— Graz, 17. Oktober. (B. Z.) Das deutsche Kaiserpaar trifft, wie die „Tagespost“ aus Innsbruck meldet, dort mittelst Separatzuges am Freitag um 9 Uhr 50 Min. Abends ein und setzt ohne Aufenthalt die Reise fort.

— Vemberg, 17. Oktober. Die im Kreise Grynbe belegene Stadt Bobowa ist vollständig niedergebrannt. Der Schaden ist sehr bedeutend, da nur ein ganz kleiner Theil der Gebäude verschont war.

Schweiz.

— Bern, 16. Oktober. Ein Züricher Kaufmann Namens Egenperger hat, wie telegraphisch gemeldet wurde, dem schweizerischen Bundesrathe zu Händen der Bundesversammlung eine Denkschrift überreicht, durch die er die Aufnahme einer Anleihe von 50 Millionen in Gold empfiehlt, welche in den Schatzgewölben des Bundesratshaus für kriegerische Eventualitäten baar zu deponiren wären. Egenperger machte, indem er das Dekretum den Behörden einreichte, von dem jedem Schweizerbürger verfassungsgemäß gewährleisteten Petitionsrechte Gebrauch. Die im Dezember zusammengetretene Bundesversammlung hat daher die Pflicht, sich offiziell mit der Eingabe zu befassen. Unter solchen Umständen wird es von Interesse sein, jetzt schon zu vernehmen, was man in offiziellen Bundesratstheilen über Egenpergers Anregung denkt.

Es ist nicht das erste Mal, daß der zürcherische Kaufmann, ein, wie es scheint, ideenreicher Geschäftsmann, mit dem eidgenössischen Finanzdepartement in Beziehung tritt. Vor nicht langer Zeit hat er demselben empfohlen, große Mengen Silber zu kaufen, da die Silberpreise steigen würden. Um gewisse Anhaltspunkte über die Goldanleihe von 50 Millionen zu besitzen, machte Egenperger auf eigene Rechnung Reisen nach Paris und Venedig. Die Finanzleute in diesen Städten scheinen ihm angethan zu haben, daß sich über die Sache des Näheren erst reden liege, wenn der schweizerische Bundesrath wirklich geneigt sei, 50 Millionen zu entleihen. Von purer Uneigennützigkeit scheint Egenperger bei der Sache nicht geleitet zu sein; wenigstens ließ er in seiner neuesten Eingabe durchblicken, als Unterhändler stände er dem Finanzminister für das Gelbentleihen jederzeit zur Disposition.

In offiziellen Bundesratstheilen theilt man die Idee Egenpergers keineswegs. Die Eidgenossenschaft ist schon jetzt für trügerische Eventualitäten, mit denen jeder Staat zu rechnen hat, in finanzieller Richtung nicht unvorberichtet. Während der Bund noch vor einigen Jahren für kriegerische Ereignisse nur eine Million, die sogenannte Kriegsmillion im Depot hatte, wurde seither eine staatliche Anzahl von Millionen in guten ausländischen Staatspapieren angelegt, die leicht auf den Markt gebracht werden können, wenn ein Krieg ausbrechen sollte. Die Kriegsmillion war etwas und nichts. Wenn der gesamte „Auszug“ (125,000 Mann) und die gesamte Landwehr (80,000 Mann) aufgerufen werden, und dies wird beim nächsten Kriege schlechterdings nicht zu vermeiden sein, so kostet dies dem Bunde Tag für Tag eine Million Franken. Von den in ausländischen Staatspapieren angelegten Kapitalien abgesehen, besitzt die Eidgenossenschaft weitere leicht realisierbare Mittel. Nach einer im Laufe dieses Monats ausgestellten Bilanz könnte der Bundesrath, wenn beispielsweise ein Krieg zwischen den Großstaaten ausbrechen sollte, ohne Schwierigkeiten nahezu 50 Millionen Baarmittel aufbringen.

Die 50 Millionenreserve sieht man ferner deswegen als überflüssig an, weil die Mächte, von denen Krieg und Frieden abhängt, gegenwärtig wenigstens beabsichtigen zu sein, die große blutige Abrechnung thutlich aufzuschieben. Jeder der beteiligten Staaten scheint den ersten Schuß, der das Signal gäbe zum Völkerrkrieg, in der Schweiz geltend zu machen. Eine starke Kriegsmacht geltend, von der mit Egenperger Viele heute noch nicht frei zu sein scheinen. Das allgemeine Mißtrauen schließt sich insbesondere im Volke ein während des deutsch-schweizerischen Konflikts, weil der deutsche Reichskanzler, unter der Kooperation des österreichisch-ungarischen und russischen Kabinetts, im

Annahme von Interaten Schulzenstraße 9 und Kirchplatz 3.

Agenturen in Deutschland: In allen grösseren Städten Deutschlands: R. Mosse, Hasensteint & Vogler, G. L. Daube, Invalidendank, Berlin Bernh. Arndt, Max Gerstmann, Otto Thiele, Elberfeld W. Thienes, Greifswald G. Illies, Halle a. S. J. Barck & Co. Hamburg Heintz, Eisler, Joh. Nootbaar, A. Steiner, William Wilkens, Kopenhagen Ang. J. Wolf & Co.

Kauf des Notenwechsels die schweizerische Neutralität in Frage stellte.

Das Golddepot von 50 Millionen ist weiterhin aus ökonomischen Gründen nicht zu empfehlen. Es hätte einen jährlichen Zinsverlust von etwa 2 Millionen zur Folge. Einen solchen Ausfall zu vermeiden, muß die schweizerische Regierung heute mehr denn je bestritten. Die Eidgenossenschaft steht vor einem Defizit. Wie telegraphirt wird, ist in der Vorlage des Finanzdepartements ein Defizit von 4 1/2 Millionen Franken vorgesehen. Bundesrath und Bundesversammlung werden dasselbe zu vermindern suchen. Allein da fast alle Ausgaben durch Gesetze gebunden sind, so kann von einer wesentlichen Reduktion des Defizits kaum die Rede sein. Die Eidgenossenschaft, die seit Jahren so zu sagen im Golde schwamm, wird daher genöthigt sein, sich nach neuen Einnahmequellen umzuwenden. Man stritt sich bei uns grumbigst viel und heftig über Schutzzoll und Freihandel. Nun drängt uns das Bedürfnis nach Geld nothwendig auf die Seite der Schutzzöllner. Es steht eine Revision des Zolltarifs bevor. Wie man vernimmt, sind Erhöhungen der Eingangszölle nicht allein aus handelspolitischen Gründen, sondern auch mit Rücksicht auf die Lage der Finanzen absolut notwendig.

Belgien.

Brüssel, 16. Oktober. Der Graf Merode reist morgen von hier ab nach Athen, um die belgische Regierung bei der Verberathung des Krenprinzins mit der Prinzessin Sophie von Preußen zu vertreten.

Frankreich.

Paris, 17. Oktober. Josef Reinach antwortet in der „Republique francaise“ denjenigen, die ihn fragen, was er von der Politik der Zugeständnisse an die Rechte halte: Erst möchte er wohl genau wissen, was man unter dieser Bezeichnung versteht. Wenn sie lediglich eine Politik der Gerechtigkeit, der Duldsamkeit und der Freiheit bedeutet, so würde man dadurch nicht sowohl der Rechten als dem gefunden Menschenverstand entgegenkommen, und er wäre dafür, bestünde nun die monarchische Rechte aus 180 oder aus 10 Abgeordneten. Man wird dieser Politik huldigen, nicht um der Rechten den Hof zu machen, sondern um das republikanische Gewissen zu befriedigen. Gleichviel, ob die Rechte darauf durch die Abrüstung oder durch neue Schmäufungen antwortet. Sollte man aber unter den „Zugeständnissen“ verstehen, daß die Republikaner den Monarchisten den geringsten Theil der Regierungsgewalt abzutreten hätten, so würde Reinach antworten: Nein, hundert mal Nein! So lange die Monarchisten nicht ihren Beitritt zur Republik offen und ehrlich erklärt haben, mögen sie draussen bleiben! Kenten, welche Feinde der Verfassung, der Staatsform sind, die das Land bevorzugt, einen auch noch so geringen Antheil an der Regierungsgewalt einzunehmen, wäre zu allen Zeiten eine Dummheit und heute sogar Schmach.

Die Konfervativen ihrerseits geben sich keinen leeren Hoffnungen über die Politik des Gegenkommens hin und füllen sehr wohl, daß der erste, der entscheidende Schritt zur Verlösung der feindlichen Parteien von ihnen ausgehen muß. Bezeichnend nach dieser Richtung ist eine Erklärung des neuen Abgeordneten von Konstantinopel, Grafen Greffulhe, welche der „Matin“ heute abdruckt. Der konfervative Abgeordnete hofft, daß die gemäßigten Elemente von rechts und links sich einigen und so den dem Lande dringend gewünschten Frieden herbeiführen werden. „Was mich betrifft“, sagte Graf Greffulhe, „so werde ich meinen Platz zwischen meinen Freunden von der Rechten und denen der Linken einnehmen. Mein Traum wäre eine Gruppe, welche die Aufgabe der sabotischen Frauen erfüllen und die Parteien verhindern würde, sich gegenseitig Siebe zu werfen. Viele meiner konservativen Freunde, mit denen ich hierüber gesprochen habe, ermunten mich, auszuweichen, und ich hoffe, daß die Republikaner den Ueber der Verfassung keine schlechte Aufnahme bereiten werden. Der schwache Untergrund, welcher fast überall den gewählten Kandidaten von dem unterlegenen trennt, muß alle Welt zum Nachdenken anregen. Niemand darf mehr einen Fehler begehen. Ich beuge aber Vertrauen. Es fehlt nicht an Gutmüthigen in der Kammer, welche vereint an der Verbernung des neuen Frankreichs mit dem alten arbeiten wollen.“

Paris, 17. Oktober. Der Gedanke der sog. „gemeinsamen Geiseln“ findet bei dem französischen Admiral Vergasse du Petit-Thouars, dem Befehlshaber der französischen Mittelmeerflotte, einen entschiedenen Vertheidiger. Nach seiner Ansicht haben die diesjährigen Notentheilungen dargelegt, daß zu jedem Schlachtfeld einer Flotte ein Kreuzer, ein Aviso als Torpedoboot und je zwei Torpedoböte gehören. Die aus 14 Panzern bestehende französische Mittelmeerflotte müßte also um 28 unangepante Schnellschiffe und um 28 Torpedoböte vermehrt werden. Das wird sich, selbst wenn der Vorschlag des Admirals Petit-Thouars die Billigung des Marineministers finden sollte, nicht so schnell ausführen lassen, aber der Gedanke selbst steht keineswegs im Widerspruch mit dem neuen französischen Flottenbauplan. Der in der vergangenen Session von der Abgeordnetenkammer einstimmig bewilligte außerordentliche Kredit von 38 Millionen Franken sollte zu dem Bau folgender Schiffe verwendet werden: 1) drei unangepante Küstenwertheiber von je 6700 Td. Displacement, vom gleichen Typ wie „Admiral Tromp“, welcher in Orient in Bau liegt ist, 2) vier Torpedoböte vom Typ „Verrier“, welches Schiff in Orient gebaut wird und ein um 80 Td. größeres Displacement als die Fahrzeuge des Typ „Bombe“ besitzt, 3) zehn Hochsee-Torpedoböte des Typ S. 26, welches 36 Meter lang ist, von Normand gebaut wurde und die Probefahrt dort bestanden hat, 4) dreißig Torpedoböte von 14 Meter Länge, Typ Normand, für die Küstenvertheidigung. Man sieht also, daß abgesehen von drei unangepanten Küstenwertheibern, Frankreich nur den Bau von leichten Schiffen vorsehen hat.

Paris, 17. Oktober. Wie verlannt, zählt die republikanische Rechte bereits 30 Mitglieder. Die Bonapartisten wollen dem Prinzen Viktor Napoleon anrathen, unter bestimmten Bedingungen die Republik anzuerkennen.

Italien.

Rom, 15. Oktober. Die „Tribuna“ misst dem Besuche des Zaren in Berlin keine politische Bedeutung bei. Wenn auch für diesen Augenblick, meint sie, die deutschen und russischen Blätter über die gegenseitige Streitfrage der Truppenansammlung an der Grenze schweigen, wenn sie auch die Maßregeln, welche einerseits die Russen, andererseits die Deutschen ergreifen, um die fremden Leute und Produkte aus dem Lande zu jagen, momentan nicht besprechen, wenn man auch den Feldzug gegen die russischen Werthe vergessen könnte, werden doch andere Fragen auftreten, welche die Lage gespannt erhalten. „Dittone“ meint, der Besuch des Zaren sei ein Akt der schuldigen Höflichkeit; aber da mehr als ein Jahr verstrichen wäre, ehe dieser Akt vollzogen sei, sei es billiger, anzunehmen, dass sich die allgemeine politische Lage gebessert habe. Zwar dürfte man dem Besuche keine übertriebene Bedeutung zumessen, aber man dürfte wiederum demselben nicht jede Bedeutung absprechen wollen, wie es die französischen Blätter thäten, welche ein Interesse daran hätten, in dem Besuche des Zaren nur die Erfüllung einer persönlichen und konventionellen Verpflichtung zu sehen. Es sei selbstverständlich, dass die Reise des Zaren nach Berlin in Paris gewisse Hoffnungen und Illusionen verringert habe, welche man genährt habe, um nicht an die Isolirtheit Frankreichs glauben zu müssen, und um das Vertrauen zu einer russisch-französischen Allianz aufrecht zu erhalten, die vielleicht die größte Gefahr für den europäischen Frieden sein dürfte.

Großbritannien und Irland.

London, 17. Oktober. Hier ist die Nachricht verbreitet, die griechische Regierung habe im Einverständnis mit der Opposition beschlossen, in den Krete-Händeln aktiv zu interveniren. Falls die Flotte nicht nachgibt, sei ein Konflikt unvermeidlich.

Russland.

Petersburg, 17. Oktober. Ueber den Fortgang der russischen Expedition nach Tibet wird aus Tashkent, 29. September, gemeldet: Die Expedition des Obersten Pavlov befindet sich im Gebirge Tete Tan auf dem Wege nach Chotan. Der Auf- und Abstieg im Pässe Beval bereitet große Schwierigkeiten. Die chinesischen Behörden in Ush-Turfan nahmen die Expedition freundlich auf. Drei Tage später zog dieselbe nach der Dungharima-Schlucht ab und erreichte nach siebenstündigem Marsche das Thal Arty Kum. Die Einwohnerstadt von Kelpin, einer reichen Driftstadt, welche noch nie zuvor Europäer gesehen hatte, floh, kehrte aber bald beruhigt zurück. Die Straße von dort nach dem Kaschgar-Flusse führt durch eine Wüste. Am Ufer dieses Flusses bereit die Expedition einen 40 Meilen langen Wald. Sieben Tage später erreichten sie den Jurlandfluss. In diesem Flusse erkrankte beim Fischen ein junger Soldat der Expedition. Nach fünftägiger Krankheit am Jurland ging der Marich unter Führung eines Eingeborenen weiter nach Chotan. Etwa 30 Tage wurden unterwegs der Jagd und der Erholung gewidmet. Augenblicklich befindet sich die Expedition in Chotan. Der Marich derselben geht somit ganz programmäßig durch das chinesische Ostturkestan. Chotan oder Koton liegt nordnordwestlich der nordwestlichen Ecke der tibetischen Grenze, etwa 16 bis 20 geographische Meilen in der Aufsicht von ihr entfernt.

Petersburg, 17. Oktober. Die **Vibon-Nommer-Bahn** wird im Februar 1890 definitiv verstaatlicht und mit der Charkow-Nikolajewer Bahn vereinigt. Beide Bahnen sollen dann den gemeinschaftlichen Namen „**Schwarzes-See- und Asien-Bahn**“ führen.

Serbien.

Belgrad, 17. Oktober. Ein großer Theil der radikalen Partei beharrt auf der Ansicht, die Angelegenheit der Königin Natalie vor die Skupstina zu bringen.

Bulgarien.

Sofia, 17. Oktober. Die dem Prinzen Ferdinand zugeschriebenen politischen Zusammenkünfte in Paris werden geleugnet.

Türkei.

Konstantinopel, 17. Oktober. Gegenüber den verleumdenden Behauptungen, welche vor kurzem bezüglich der Krankheit **Kaïreddin-Paschas** verbreitet wurden und welchen zufolge an Kaïreddin ein Vergiftungsversuch unternommen und darauf Prof. Schwemmer zur Beseitigung der Wirkungen des Attentats nach der türkischen Hauptstadt berufen worden sei, konstatirt der konstantinopeler Berichtsführer der „**Poli. Kor.**“ folgende Thatfachen: Kaïreddin leidet seit langem an schweren organischen Krankheiten. Nachdem die Ärzte ihm keine Besserung verschaffen konnten, ließ der Sultan den deutschen Vorkontrollanten Herrn von Radewitz befragen, ob nicht **Professor Schwemmer** nach Konstantinopel kommen könnte. In Folge dessen kam dieser deutsche Arzt nach der türkischen Hauptstadt und stellte nach einer Untersuchung Kaïreddins die Diagnose auf ein schweres gichtisches Leiden, das innere Theile ergriffen habe. Dies sei der wahre Sachverhalt und die Behauptung, daß man sich Kaïreddin habe entledigen wollen, sei vollständig unwahr.

Afrika.

Ueber die Gründe, warum von Kapstadt aus Klagen kamen wegen Vorhens der deutschen Schutztruppe in **Amaramaland**, die beschuldigt wurde, gewaltsam vorgegangen zu sein, sind, nach der „**N. Fr. Ztg.**“, jetzt nähere Aufklärungen gekommen. Der bekannte Abenteuerer **A. Lewis**, welcher bei Annäherung der Schutztruppe sofort nach Kapland flüchtete, hatte im vorigen Jahre eine Anzahl von ungefähr 15 recht bedeutend Individuen aus Transvaal mit dahin geführt; er hatte dann ein Haus von den Missionaren in Njimbingue gemietet und dort diese Leute untergebracht. Als nun Lewis das deutsche Schutzgebiet bereits verlassen hatte, waren etwa 13 dieser Gefellen zu Njimbingue zurückgeblieben und trieben ihr Wesen dort in unheimlicher Weise. Gegen sie richtete nun Hauptmann v. Francois seine Maßnahmen. Er hat sie offenbar ohne weiteres ausgewiesen und ihnen im Falle Nichtgehorsams mit standrechtlichen Maßnahmen gedroht. Daher die tendenziösen Klagen aus Kapstadt, welche zweifellos von Lewis ausgegangen sind.

Amerika.

Buenos Aires, 17. Oktober. Durch den Krieg gegen Chile (1879 bis 1883) hatte Peru seine ganze bedeutende Kriegsflotte, welche ungeheure Summen gekostet, verloren. Am 1. September d. J. ist nun endlich das erste Kriegsschiff der neuen peruanischen Armada in Callao eingetroffen. Es ist dies die „**Uima**“, früher „**Sofrates**“ genannt. Die beiden gleichen Schiffe „**Diogenes**“ und „**Sofrates**“, die zu Kriegs- und Handelszwecken dienen kom-

ten, waren 1879 auf der Kieler Werft erbaut und von Agenten der peruanischen Regierung gekauft. Als dieselben in England armirt werden sollten, wurden sie auf Antrag der englischen Gesandtschaft von der englischen Regierung in Beschlag genommen. Der Bürgerkrieg, der Mangel einer von England anerkannten Regierung verzögerte die Zurückgabe der Schiffe bis jetzt. Und da Peru nicht die entstandenen Kosten zahlen konnte, wurde nur ein Schiff freigegeben und das andere als Pfandobjekt in England zurückgehalten. Die Geschichte des „**Diogenes**“ und „**Sofrates**“ beschäftigt 1880 bis 1881 alle größeren Blätter in Europa und Amerika.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 18. Oktober. Wegen des Auf- so wie der Mordes ist gestern der Forstamtsrat Dräger aufs neue in Untersuchungshaft genommen worden.

* **Schwarzericht.** Sitzung vom 18. Oktober. — Anklage wider den Handelsmann Leopold Steineß aus Angermünde wegen Urkundenfälschung.

Der Angeklagte war im Juli d. J. nach Köslitz gekommen, um dort Hausirerwaare zu verkaufen und hat zu diesem Zweck einen älteren Wandergewerbetreibenden verführt, weil ihm in Folge seiner erheblichen Vorstrafen, u. A. auch wegen ähnlichen Vergehens und wegen verführerischer Nachzucht, ein neuer Gewerbetreibender gesetzlich nicht bewilligt werden konnte. Mit Rücksicht darauf, daß Steineß kurz zuvor aus dem Zuchthaus entlassen und in Folge dessen noch beschäftigungslos umherirrt, wurden mildernde Umstände bewilligt und er zu einer viermonatlichen Gefängnisstrafe verurtheilt.

Die zweite Anklage war gegen den Arbeiter August Wolff aus Kolberg wegen Raubes gerichtet. Derselbe soll im Dezember vorigen Jahres das Dienstmädchen Wilhelmine Wolff aus Linde, welches von Bahn zurückkam und sich auf dem Wege zwischen Gornow und Linde befand, angefallen und unter den gefährlichsten Drohungen von derselben Geld gefordert haben. In der heutigen Beweisaufnahme konnte der Angeklagte der That nicht überführt werden und lautete deshalb das Urtheil auf Freisprechung.

— Die **Reichsdruckerei** in Berlin ist nach einem Urtheil des Reichsgerichts, IV. Straf-Senat, vom 31. Mai 1889 eine öffentliche Behörde; ein von ihr erstattetes schriftliches Gutachten oder Zeugnis kann demnach in der Hauptverhandlung eines Strafverfahrens verworfen werden. Die Reichsdruckerei hat gleich der vormaligen königlich preussischen Staatsdruckerei, aus der sie unter Vereinigung mit der von Decker'schen Geheimen Hof- Buchdruckerei hervorgegangen ist, für das Reich und den preussischen Staat Werthpapiere, Postwertzeichen und sonstige Druckarbeiten auszuführen und die betreffenden Aufträge der Reichs- und Staatsbehörden selbstständig auszuführen. Der Reichsdruckerei fehlt aber auch nicht eine baurende geregelte Einrichtung als öffentliches Amt, sie ist in den Organismus der Reichsbehörden eingegliedert; demnach der amtlichen Bekanntmachung des Generalpostmeisters erfolgt die Verwaltung der Reichsdruckerei durch eine dem Generalpostmeister (Reichspostamt) unterstellte „Behörde“, welche die gesammten Rechte und Pflichten der bisherigen beiden Anstalten übernimmt. Auch ist die Behörde mit einem festen Beamtenpersonal besetzt, für welches die Befolgungen allfälliger durch das Staatsgesetz unter der Bezeichnung als „fordauernde Ausgaben“ bewilligt werden. Demnach treffen alle Voraussetzungen zu, welche nach dem von der Revision angezogenen Urtheil des Reichsgerichts vom 8. Januar 1883 vorhanden sein müssen, um einer amtlichen Stelle den Charakter einer öffentlichen Behörde zuzuerkennen.

— Die Farben der neuen Postwertzeichen. Bei Auswahl der Farben für die am 1. Oktober 1889 im Reichspostgesetz eingeführten neuen Postwertzeichen ist, wie aus den zukünftigen Seiten mitgeteilt wird, in erster Linie der im Weltpostverein angenommene Grundfals bestimmend gewesen, wonach die im Weltpostverkehr am häufigsten vorkommenden Briefmarken, nämlich diejenigen im Werte zu 25 Cents (= 20 Pfg.), 10 Cents (= 10 Pfg.) und 5 Cents (= 5 Pfg.), thünlichst übereinstimmend in allen Vereinständern, von blauer bzw. rother und grüner Farbe sein sollen. Dieser Grundsatz, welcher wesentlich dazu beiträgt, die Prüfung der in den verschiedenen Vereinständern zur Erhebung gelangten Frankobeträge zu erleichtern, war im Reichspostgesetz bezüglich der Freimarken zu 20 Pfg. und 10 Pfg., welche nach wie vor in blauer und rother Farbe hergestellt werden, bereits in Anwendung gekommen. Zur vollständigen Durchführung des Grundsatzes fehlte mithin nur noch die Annahme der grünen Freimarken zu 5 Pfg., wozu nunmehr die Einführung der neuen Postwertzeichen die gewünschte Gelegenheit geboten hat. Für die übrigen Freimarkengattungen sind die Farben (braun für 3 Pfg., orange für 25 Pfg. und rothbraun für 50 Pfg.-Marken) mit ganz besonderer Sorgfalt derart ausgewählt worden, daß auch bei dementsprechender deutlicher Unterscheidung der verschiedenen Werthe möglich ist.

— Kehnt der Miether einer Wohnung nach dem Ablauf seines Miethevertrages die Räumung derselben ab, so machen sich Vermieter und der neue Miether dieser Wohnung nach einem Urtheil des Reichsgerichts, 3. Straf-Senat, vom 6. Juni 1889, des Hausfriedensbruchs und der strafbaren Nöthigung (§§ 123, 240 Strafgesetzbuch) schuldig, wenn sie gegen den Willen des bisherigen Miethers in die Wohnung dringen und die Räumung derselben durch Gewalt erzwingen. Die irrthümliche Meinung der Thäter, zu den von ihnen verübten vermeintlichen „Nothweh“-Handlungen als solchen berechtigt zu sein, schließt ihre Strafbarkeit nicht aus.

* Heute Mittag 12^{1/2} Uhr wurde die Feuerweh nach dem Grundstück Oberwelt 47 gerufen; daselbst waren die unteren russischen Kellern so verstopft, daß der Rauch durch die Dächer der 2 Treppen hoch gelegenen Wohnung drang. Nach Beseitigung dieses Uebelstandes rückte die Feuerwehr wieder ab.

* Gestern wurde wieder von einem Kaufmann in der Breitenstraße ein falsches Einmarkstück mit der Jahreszahl 1885 und dem Wappzeichen A. vereinnahmt. Dasselbe ist der Polizei zur Vernichtung überreicht.

— Die Einnahme der Altdamm-Kolberger Eisenbahn im September c. betrug 57,79 Mark oder 4181 Mark weniger als im gleichen Monat des Vorjahres. Vom 1. April bis Ende September wurden 305,010 Mark oder 212 Mark weniger eingenommen, als gleichzeitig 1888.

— Für die Mitglieder der deutschen Kolonialgesellschaft (Abtheilung Stettin) hält morgen Abend Herr Hofrath Herr Paul Richard einen Vortrag über seine Erfahrungen in Zentral-Afrika. Der Vortrag findet im Saale des Kongert- und Vereinshauses statt und ist auch Nichtmitgliedern der Zutritt gestattet.

— Im Zirkus Schumann gelangte gestern eine neue Pantomime „**Goldelise**“ oder „**Die Turpin's Abenteuer**“ zur Aufführung und fanden die einzelnen Bilder derselben lebhaften Beifall. Die Pantomime schildert einige Abenteuer des englischen Straßenräubers Dick Turpin und seines Pferdes „**Goldelise**“ und ist besonders die Dresse des Pferdes eine bewundernswürdige. Dasselbe stirbt am Ende und wird auf einer Bahre in einem Zigermerzuge durch die Manege getragen. Nicht weit sind auch die in der Pantomime vorzunehmenden Zigermerzüge arrangirt. Morgen Sonnabend findet am Nachmittag wieder eine der beliebtesten Kindervorstellungen statt. Am Abend tritt eine für wenige Gastvorstellungen engagirte Singhalesen-Truppe zum ersten Male auf.

— Die Herren Paul Wils, P. Pufowits, G. Offenay und A. Kluge werden auch während der diesjährigen Winter-Saison ihre Streich-Quartett-Societäten an den Sonntagen Nachmittagen wieder aufnehmen und wird die erste dieser Quartett-Societäten bereits am Sonntag Nachmittags 4 Uhr im Saale der „**Philharmonie**“ stattfinden. Zum Vortrag gelangen die Streich-Quartette A-moll op. 6 von G. Beethoven und G-dur op. 161 von F. Schubert.

— Die große Kunstausstellung der königlichen Akademie der Künste in Berlin, Unter den Linden 38, wird Sonntag, den 27. Oktober, Nachmittags 4 Uhr, geschlossen.

Aus den Provinzen.

Stargard, 17. Oktober. Die Wahl des Stadtbauraths Herrn Sonnabend aus Schwedt zum befristeten Stadtbaurath der hiesigen Stadt am 12. Jahre, vom 26. August 1889 bis dahin 1901, ist seitens der königlichen Regierung jetzt bestätigt worden. — Unter dem Rindvieh des Aderbürgers Berndt hierseits, große Schifferstraße wohnhaft, ist gestern die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen. Wegen Ausbruchs derselben Seuche sind für den Bezirk mit Rindvieh die Driftstadt Schmöwerder B. und das Gut Verchland (Kreis Pyritz) gesperrt.

Köslitz, 17. Oktober. Der Kreisstag des Kolberger Kreises wählte in seiner gestrigen Sitzung Herrn Landchaftsdirektor von Holz-Altmann mit 23 von 28 Stimmen zum Landrath. In derselben Sitzung wurde der Antrag des Kolberger Magistrats: der Kreisstag möge den Minister, den Verpräsidenten und den Regierungspräsidenten ersuchen, auf Staatskosten eine Eisenbahn von Kolberg nach Köslitz zu bauen, einstimmig angenommen. Auch erklärte der Kreisstag sich bereit, die erforderliche Bodenfläche, soweit sie nicht der Stadtgemeinde Kolberg gehört, unentgeltlich herzugeben.

Stolp, 17. Oktober. Der Herr Staatssekretär des Reichspostamts Dr. v. Stephan hat an den Magistrat folgendes Schreiben gerichtet:

„Berlin W., den 6. Oktober 1889. Der Magistrat hat die Güte gehabt, mir durch das gefällige Schreiben vom 30. September mitzutheilen, daß der seiner Zeit mir untergegebene Beisitzer der dortigen städtischen Körperschaft, an meinem Geburtshause eine Gedächtnis anbringen zu lassen, am 3. September zur Ausführung gekommen ist. Zugleich hat der Magistrat mir ein wohlgezeichnetes photographisches Bild meines Geburtshauses zugehen lassen.“

Ich ermangele nicht, hierfür meinen tiefgefühlten Dank auszusprechen. Das photographische Bild wird einem der vorzugten Platz in meinem Heim erhalten und so mich täglich an meine theure Vaterstadt und deren mir liebe Bewohner erinnern.

Mit großer Befriedigung habe ich aus den freundlichen Zeilen ersehen, daß, wie so manches andere, auch das Kunstgewerbe in meiner Vaterstadt, dank der Intelligenz und der Thätigkeit ihrer Bewohner, große Fortschritte gemacht hat.

Indem ich für die mir gewährte Auszeichnung nochmals meinen innigsten Dank ausspreche, verbleibe ich mit

ausgezeichnetester Hochachtung

v. Stephan.“

Kunst und Literatur.

In den nächsten Tagen wird ein Buch erscheinen, auf welches wir schon jetzt unsere Leser hinweisen möchten: „**Augusta Vittoria**, Lebensbild der deutschen Kaiserin, dem deutschen Volke dargeboten von C. Evers.“ Verlag der Buchhandlung der Berliner Stadtmuseum, W., Mohrenstraße 27. Broch. 1,50, eleg. geb. 2 Mk. — Mancherlei falsche Nachrichten über das Leben der Kaiserin sind in Bildern und Zeitungen verbreitet; der Verfasser hat sich zur Aufgabe gemacht, nur sicher verbürgte Thatfachen zu berichten. Sein Buch hält sich fern von politischen Bemerkungen, will ein Volk's- und Familienbuch sein und lediglich dazu dienen, die Liebe zum Kaiserthum zu wehren.

Bermischte Nachrichten.

— Die scharfen Absperungen, welche man auch in Ludwigslust zur Sicherung des Zaren für notwendig erachtet hat, illustriert in drastischer Weise u. A. ein merkwürdiger Vorfall, über den die „**Voss. Ztg.**“ folgendes berichtet: „In Ludwigslust konnte die Herzogin Elisabeth, eine Schwester des Großherzogs, welche einen kurzen Spaziergang in den Schloßpark unternommen und hierbei die Postenreihe durchgesehen hatte, nicht wieder in das Schloß zurückgelangen, weil die Posten der Befehl erhalten hatten, Niemand ohne Passirchein durchzulassen, die Prinzessin einen solchen nicht besaß und der betreffende Jünger des Mars die Posten nicht kannte. Die Prinzessin ging weiter, um ihr Glück bei einem zweiten Posten zu versuchen, aber auch hier ward sie zurückgewiesen, bis endlich ein in der Nähe des Schloßes gehender Lakai von der Dame herangerufen werden konnte, der diese durch die Postenreihe hindurchbrachte.“

Rom, 17. Oktober. (Telegraph. Meldung.) Das Getreidebureau Giovanni Battista Ferrai in Genua hat erklärt. Die Passiven betragen vier Millionen Lire. Der Chef der Firma ist verschwunden; da die Buchführung vollständig fehlt, so konnten bisher die Aktiven nicht festgestellt werden.

Börsen-Berichte.

Stettin, 18. Oktober. Wetter: Frische Temperatur + 10° Reaumur. Barometer: 28^{1/4} mm. Wind: O.S.D.

Weizen maffer, per 1000 Kilogr. loco 179 bis 183 bez., eine abgelaufene kontraktliche Anmeldeung 180 bez., per Oktober 183—182,5 bez. u. B., per Oktober-November 182,5—182,25 bez., per November-Dezember 182,5—182,25 bez., per Dezember-Januar —, per April-Mai 189 bez. u. B., per Mai-Juni —.

Loggen ruhig, per 1000 Kilogr. loco neuer

159—161 bez., per Oktober n. U. 161 u. B., per Oktober-November 161 bez., per November-Dezember 161,5 bez., per April-Mai 164 bez., per Mai-Juni 165 u. B.

Gerste loco Mäcker 160—167 bez.

Safer per 1000 Kgr. loco pommerischer 148—153 bez.

Winterweizen ohne Handel.

Winterweizen ohne Handel.

Rübsöl still, per 100 Kgr. loco o. B. bei A. 66 u. B., per Oktober 65 u. B., per April-Mai 60 u. B.

Spiritus flau, per 10,000 Liter % loco o. B. 70r 33 bez., do. 50r 53 bez., 53 u. B., per Oktober 70r 32,5 u. B., per Oktober-November —, per November-Dezember 70r —, per April-Mai 70r 32 u. B.

Petroleum ohne Handel.

Berlin, 18. Oktober. Weizen per Oktober-November 185,00—184,00 M., per Novbr.-Dezbr. 184,75 M., per April-Mai 183,25 M.

Loggen per Okt.-Novbr. 165,50—164,75 M., per November-Dezember 165,50 M., per April-Mai 168,50 M.

Rübsöl per Oktober 66,40 M., per April-Mai 58,80 M.

Spiritus loco 50r 53,30 M., loco 70r 34,10 M., Oktober 33,10 M., Oktober-November 70r 31,50 M., November-Dezember 70r 31,20 M., per April-Mai 70r 32,20 M.

Safer Oktober-November 150,50 M.

Petroleum Oktober 24,50 M.

London, 17. Oktober. Schluß-Course.

Wente	96,50	Steit. Bulc.-Priorität	169,80
Serbelige 5% Wente	88,50	Wien Dampf-Comp.	
Waff. II. Orient. Ant.	67,50	(Esterlin)	145,10
do. Wende. 4% 1/2	94,50	do. Wende. 4% 1/2	
do. Ant. von 1884	91,50	Edibier	385,50
do. do. von 1880	92,00		
Deficir. Banknoten	170,90		
Waff. Banknot. Sofia	210,30		
do. do. Wente	202,50		
Nat.-5% Wente. 0% 5%			
do. (110) 4% 1/2	107,00		
do. (110) 4%	104,00		
do. (100) 4%	93,70		
R. 5% Wente. 2% (100) 4%			
I. Emiffion	89,50		
Esterburg kurz	209,10		
London kurz			

Ultimo-Course;	
Disconto-Commandit	234,40
Edibier Credit	163,50
Lehrabille	170,00
Dortm. Union St. Fr. 6%	122,70
K. Preuss. Edibank	94,90
Wienburg-Krakaua	
bahr	64,70
Waingerbank	134,70
Rembarden	54,50
Franken	160,40